

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Kerstin Celina

Abg. Bernhard Seidenath

Staatsministerin Melanie Huml

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE

WÄHLER

"Beleghebammen unterstützen - Geburtshilfe in Bayern flächendeckend sichern"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslose Abgeordnete Claudia Stamm kann bis zu zwei Minuten sprechen. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder die Gelegenheit, weitere fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner seiner Fraktion zu sprechen.

Nun beginnen wir mit dem ersten Redner. – Ich bitte Herrn Kollegen Dr. Vetter ans Rednerpult.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Kolleginnen und Kollegen, erst einmal wünsche ich denen, die da sind, einen schönen guten Morgen. "Beleghebammen unterstützen – Geburtshilfe in Bayern flächendeckend sichern" lautet unser heutiges Thema. Ich möchte vorausschicken, dass wir in Bayern – ich glaube, ich kann das so sagen – ein gutes Gesundheitssystem haben. Aber wie bei allen Systemen gibt es in bestimmten Bereichen noch Verbesserungsmöglichkeiten, und das gilt auch für die Geburtshilfe. Wir haben Hebammen, die täglich, Tag und Nacht und am Wochenende, hervorragende Arbeit leisten, und ich möchte mich einmal bei allen, auch denen, die im Moment im Kreißaal stehen, ganz herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Von der heutigen Aktuellen Stunde sollte vom Bayerischen Landtag das Signal ausgehen, dass wir die werdenden Mütter und damit auch die Väter und die noch nicht geborenen Kinder ernst nehmen. Wir haben im Moment – Gott sei Dank – die erfreuliche Situation, dass in Bayern und in Deutschland mehr Kinder auf die Welt kommen. Das heißt für mich auch, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in die Zukunft haben.

Zur Betreuung der werdenden Mütter sind Hebammen, Ärzte und geburtshilfliche Abteilungen einfach essenziell notwendig. Gesundheitspolitik ist im Prinzip Bundespolitik; das wissen wir. Es gäbe aber viele Themen, die wir vielleicht ab und zu auch im Bayerischen Landtag ansprechen könnten. Dazu gehört immer wieder das Thema Hebammen. Mir fallen jetzt auch das Thema der resistenten Keime und die Frage ein, ob in Bayern und Deutschland zu viel operiert wird. Ich bin langsam der Überzeugung, dass auch beim DRG-System Nachbesserungsbedarf besteht; so ganz ideal scheint mir das System nicht zu sein. Was vor allem mich als Arzt immer wieder aufrüttelt, ist die zunehmende Ökonomisierung der Gesundheit. Ich habe langsam das Gefühl, dass wir ein Primat der Ökonomie gegenüber der Gesundheit haben. Das kann auf Dauer nicht sein. Da müssen wir uns alle einmal Gedanken machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht so in dem Thema stecken, wissen Sie eigentlich, dass bei einer Geburt eine Hebamme immer dabei sein muss? Eine Hebamme muss immer dabei sein, ein Arzt nicht. Eine Hebamme kann also eine Geburt eigenverantwortlich leiten und muss einen Arzt dann hinzuziehen, wenn das notwendig ist, wenn es zum Beispiel Komplikationen gibt. Umgekehrt darf ein Arzt eine Geburt nicht ohne eine Hebamme leiten. Das ist nicht so bekannt, und darum habe ich es gesagt.

Noch eine Zahl, nachdem wir uns heute um die Beleghebammen in Bayern kümmern: In Bayern gibt es 78 geburtshilfliche Kliniken, die nur mit Beleghebammen arbeiten; 29 arbeiten mit angestellten Hebammen. Das Thema sollte im Bayerischen Landtag be-

handelt werden, weil es vor allem ein bayerisches Problem ist. In den anderen Bundesländern sind die Hebammen an den Krankenhäusern meistens angestellt, in Bayern sind es meistens Beleghebammen. Darum kümmern wir als FREIE WÄHLER uns um die Hebammen. Wir sind ja die Partei im Bayerischen Landtag, die immer wieder für eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung eintritt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt nicht nur für die Hebammen. Es gilt auch für die Fachärzte, die Hausärzte, die Apotheken und die Krankenhäuser. Die gleichwertigen Lebensbedingungen in ganz Bayern sind sozusagen Teil des FREIE-WÄHLER-Gens und der FREIE-WÄHLER-DNA.

Das Thema ist im Ausschuss behandelt worden. Wenn von anderen Parteien – ich möchte heute wirklich keine Parteipolitik machen – gesagt wird, dass wir dann, wenn wir uns besonders um die Hebammen kümmern, eine Berufsgruppe bevorzugen, wird das dem Thema nicht gerecht, Kolleginnen und Kollegen. Bei den Hebammen brennt es an allen Ecken und Enden, und deswegen sind sie heute unser Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erst vor Kurzem wurde ein Antrag der GRÜNEN zur Förderung der Hebammen in Bayern behandelt, dem wir zugestimmt haben, den aber die anderen Parteien abgelehnt haben. Ich habe das nicht ganz verstanden. Es ist auf eine Studie verwiesen worden. Sie wird vielleicht in zwei Jahren vorliegen, und bis es dann zu Konsequenzen kommt, dauert es weitere drei oder vier Jahre. Dann gibt es immer weniger Hebammen in der Geburtshilfe, und das kann nicht Sinn der Sache sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit Sie die ganze Tragweite vielleicht noch besser verstehen können, weise ich darauf hin, dass sich die AOK in ihrem Krankenhausreport von 2017 für eine weitere Zentralisierung der Geburtshilfe mit dem Argument ausspricht – bitte hören Sie zu –:Je

mehr operative Eingriffe eine Fachabteilung in einem Krankenhaus zu verzeichnen hat, desto höher die Qualität. – Das ist ein Argument für eine Zentralisierung der Geburtshilfe, Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir so weitermachen und wenn wir immer öfter den normalen Vorgang der Geburt, die zum Leben dazugehört, mit einer Operation gleichstellen, dann stimmt etwas nicht mehr. Dagegen müssen wir etwas unternehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schwangere brauchen eine gute und kontinuierliche Betreuung vor allen Dingen durch Hebammen, und zwar vor der Geburt, bei der Geburt, nach der Geburt und auch im Wochenbett. Unsere Hebammen müssen die Ansprechpartner bleiben. Optimal wäre natürlich – ich glaube, darüber sind wir uns alle einig – eine Eins-zu-eins-Versorgung, das heißt eine Hebamme versorgt eine Patientin vor der Geburt, bei der Geburt, im Wochenbett und auch noch später. Das geht im Moment bei uns in Bayern nicht, weil wir einfach zu wenig Hebammen haben und die äußeren Umstände, die schlechte Bezahlung, die mangelnde Wertschätzung – das sage ich auch sehr deutlich – unserer Hebammen, in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass immer mehr Hebammen ihre Tätigkeit in der Geburtshilfe aufgegeben haben. Dabei spielen auch die zunehmend hohen Haftpflichtprämien eine Rolle. Wir als FREIE WÄHLER haben uns schon vor zwei Jahren massiv für eine Verbesserung eingesetzt, die auch zum Teil eingetreten ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das aktuelle Thema sind die Verhandlungen des GKV-Spitzenverbandes, also der Krankenkassen, mit den Hebammen-Verbänden. Für den 19. Mai ist ein Schlichtungstermin vereinbart worden. Es geht darum, dass die Arbeitsbedingungen der Hebammen, vor allen Dingen der Beleghebammen, also der freiberuflichen Hebammen, weiter verbessert werden sollen. Die Bezahlung ist immer noch schlecht. Die Haftpflichtprämie steigt weiter von derzeit 6.800 Euro auf 7.300 Euro. Ein Teil der Prä-

mie wird zwar von den Kassen übernommen, aber bei der Erhöhung ist das im Moment noch nicht der Fall. Wir müssen uns noch einmal über eine Fonds-Lösung unterhalten, die vor einiger Zeit abgelehnt wurde.

Kolleginnen und Kollegen, werdende Eltern – das sage ich ganz klar – werden von einer Hebamme betreut und nicht von einer Krankenkasse. Das müssen wir uns bei unserem politischen Handeln immer wieder vor Augen halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Vorschlag der Krankenkassen bei diesen Verhandlungen lautet: Wenn eine Hebamme eine oder zwei Schwangere während der Geburt im Kreißaal betreut und zum Beispiel eine dritte Schwangere – der Geburtstermin ist halt drei Wochen früher – in den Kreißaal dieses Krankenhaus kommt, darf die diensthabende Hebamme diese dritte Schwangere zwar annehmen, wird aber dafür nicht mehr bezahlt. Das kann es nicht sein. Dagegen wehren sich die Hebammen mit Recht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn eine Hebamme über zehn, elf oder zwölf Stunden – so lange dauern halt Geburten im Durchschnitt, es gibt auch Geburten, die länger dauern – eine oder zwei Schwangere im Kreißaal betreut und künftig zum Beispiel eine drängende Frage einer dritten unmittelbar vor der Entbindung stehenden Schwangeren zwar beantworten darf, aber diese Leistung von den Krankenkassen nicht mehr bezahlt werden soll, dann fühlen sich die Hebammen in ihrer Berufsehre angegriffen. Das sollten wir politisch nicht zulassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, mir ist klar, dass wir im Gesundheitswesen eine Selbstverwaltung haben. Dieses Argument wird in der anschließenden Diskussion sicherlich kommen. Es wird sicherlich auch wieder argumentiert werden, dass das die Hebammen mit den Krankenkassen ausmachen müssten und der Landtag dafür nicht zustän-

dig sei. Das ist mir alles klar. Wir FREIE WÄHLER wollen heute ein politisches Signal aussenden: Der Bayerische Landtag stellt sich hinter die Hebammen in Bayern, in Deutschland, vor allem hinter die Beleghebammen.

Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen, dieses Signal wird heute vom Bayerischen Landtag ausgehen. Wir FREIE WÄHLER kämpfen auf jeden Fall weiter für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Wir brauchen die wohnortnahe Betreuung und Versorgung unserer werdenden Mütter auch in Zukunft und eine leistungsgerechte Bezahlung unserer Hebammen.

Frau Ministerin, ich glaube, wenn Sie heute sprechen sollten – ich weiß es nicht –, dass auch Sie sicherlich ein klares Bekenntnis zu unseren Beleghebammen ablegen werden. Ich danke Ihnen im Voraus.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann frank und frei sagen: Ich begrüße es, dass wir uns in dieser Aktuellen Stunde erneut mit dem wichtigen Thema "Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe in Bayern" beschäftigen.

Wir von der CSU setzen uns seit Langem dafür ein, die Geburtshilfe durch Hebammen flächendeckend zu erhalten. Deshalb haben wir auch schon unseren ersten Antrag in dieser Legislaturperiode ganz bewusst zum Thema "Hebammenhilfe – eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe flächendeckend sichern" gestellt.

Laut bayerischem Gesundheitsministerium ist erfreulicherweise ein grundsätzlicher Mangel an Hebammen derzeit durch Zahlen nicht belegbar. Insgesamt ist die Zahl der Hebammen in Bayern sogar über Jahre hinweg stetig gestiegen. Aber: Die Arbeitszeiten und das Leistungsangebot der freiberuflichen Hebammen in Bayern sind weder

bekannt, noch hat das bayerische Gesundheitsministerium darauf Einfluss; denn Art und Umfang ihrer Berufstätigkeit liegen in der alleinigen Entscheidung der freiberuflichen Hebammen. Daher ist es auch leider nicht bekannt, ob die Ursachen für eine gegebenenfalls vorhandene regionale Unterversorgung in einem Mangel an Hebammen oder in geringeren Arbeitszeiten und einem eingeschränkten Leistungsangebot zu suchen sind.

Ein solcher Zustand schreit – das passt zum Thema – förmlich nach einer Studie, die diese Zahlen erhebt. Genau diese Studie wird jetzt im Auftrag des bayerischen Gesundheitsministeriums erstellt, und die Vergabe erfolgte vor gut zwei Wochen, am 20. März. Ziel dieser Studie ist es, erstmals valide Daten zur tatsächlichen Situation der Versorgung mit Hebammenhilfe in Bayern zu erhalten. Neben dem Stand der Versorgung mit freiberuflichen Hebammen soll dabei auch der regionale Bedarf an Hebammen erhoben werden, da es hierbei natürlich durchaus extreme Unterschiede geben kann. Außerdem sollen – das finde ich besonders wichtig – auch die Familien befragt werden, wie sie die Hebammenversorgung in Bayern bewerten. Die Studie wird selbstverständlich auch die bayerischen Hebammenverbände einbinden, die bereits ihre volle Unterstützung zugesagt haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen – Herr Vetter hat es schon angekündigt, es kommt jetzt –, lässt das System der durch Bundesrecht geregelten Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen keine unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente in diesem Bereich zu. Das ist sehr bedauerlich. Darin gebe ich Ihnen vollkommen recht. So kann unsererseits beispielsweise kein Einfluss auf die Vereinbarungen zwischen den Hebammen und den gesetzlichen Krankenversicherungen zur Vergütung von Leistungen in der Geburtshilfe genommen werden. Wir kennen die Probleme unserer Hebammen, besonders was ihre Haftpflichtversicherungsbeiträge anbelangt, und tun alles, damit sie auch in Zukunft ihren wichtigen Beruf ausüben können.

Unsere Hebammen sind uns im wahrsten Sinne des Wortes mehr wert, und deshalb setzen wir darauf, dass sie künftig mehr Lohn bekommen. Denken Sie dabei an die Sicherstellungszuschläge.

Trotz des Rückgangs geburtshilflicher Abteilungen in den bayerischen Krankenhäusern sehen wir die Geburtshilfe in Bayern insgesamt noch als gesichert an. Das ist ein Verdienst der in Bayern tätigen Hebammen, denen ich an dieser Stelle dafür sehr herzlich danken möchte.

(Beifall bei der CSU)

Die auf der zuständigen Bundesebene getroffenen Maßnahmen für eine finanzielle Entlastung der freiberuflichen Hebammen erscheinen uns durchaus geeignet, zur Sicherstellung einer dauerhaften, flächendeckenden Versorgung mit Hebammenhilfe beizutragen. Ich sage es ganz deutlich: Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse der Studie zur Hebammenversorgung. Ich versichere Ihnen, dass wir auf dieser Basis die richtigen Schlüsse ziehen werden, damit auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung aller Regionen in Bayern mit geburtshilflichen Leistungen sichergestellt ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich steht auch die SPD-Fraktion dazu, dass eine flächendeckende Hebammenversorgung in einem modernen Gesundheitssystem unverzichtbar ist. Wir haben uns in diesem Haus in den letzten Jahren mit keiner Berufsgruppe so viel beschäftigt wie mit den Hebammen. Wir, die Politik, haben für keine Berufsgruppe so viel getan und uns so sehr eingesetzt wie für die Hebammen. Schon erwähnt worden ist: Es gibt die Vereinbarung zu den Sicherstellungszuschlägen. Es gibt den Regressverzicht. Bei den Haftpflichtprämien ist manches erreicht worden; ab

2018 wird das Thema wieder neu auf den Tisch kommen. Dann muss der Bund wieder handeln.

Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin finde ich nicht, dass die heutige Aktuelle Stunde die Hebammen oder jemanden der anderen Beteiligten auch nur ein Stück weiter bringt. Ich weiß nicht, ob es mangelnde Sachkenntnis oder Polemik ist, die Ihrer Profilierung dient, Herr Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie machen Polemik! Die Schiedsgerichtsverhandlungen stehen vor der Tür!)

– Hören Sie mir zu, dann wissen Sie, wie die Fakten sind. Sie verbreiten falsche Dinge, indem Sie sagen, die Versorgung sei gefährdet. Wir wissen es schlicht und ergreifend nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Teilweise haben wir die Stationen schon geschlossen!)

Ich weiß nicht, ob Sie in der Glaskugel

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein!)

oder im Kaffeesatz lesen. Wir wissen es nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich rede mit der Hebamme!)

Sie schüren Ängste bei Betroffenen und Familien, dass es künftig keine Hebammenversorgung gäbe, und Sie wecken Erwartungen der Menschen an die Politik, die an dieser Stelle null Komma null Zuständigkeit hat.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Wir haben im Moment hier keine Zuständigkeit, nicht nur hier im Land, sondern auch im Bund. Die Selbstverwaltung muss sich mit dieser Frage beschäftigen. Vielleicht

sollten Sie sich einmal etwas mehr mit den gesetzlichen Grundlagen in diesem Land beschäftigen,

(Beifall bei der SPD)

anstatt solche Dinge in die Welt zu setzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also, man kann nichts machen!)

– Wenn Sie etwas leiser wären, würden wir uns alle leichter tun. Sie dürfen sich anschließend gerne noch melden.

In der Tat hat Bayern eine Studie auf den Weg gebracht. Wir als Fraktion haben das auch immer unterstützt. Wir müssen Ihnen, Frau Huml, aber schon vorwerfen, dass es lange gedauert hat. Ich habe mir die Liste Ihrer Pressemitteilungen ausgedruckt, in denen Sie vielfach Willensbekundungen abgegeben haben. Vor einem Jahr haben Sie gesagt, dass Sie diese Studie vorbereiten, die aber erst jetzt, vor ungefähr drei Wochen in Auftrag gegeben worden ist. Das hätte auch schneller gehen können; dann hätten wir uns vielleicht diese Aktuelle Stunde gespart, weil wir die Zahlen schon gehabt hätten.

Nachdem Sie in einer Pressemitteilung auch gesagt haben, dass dies eine Priorität ist, muss ich feststellen: Eine Priorität hätte für uns etwas anders ausgesehen. Es ist richtig und wichtig, dass wir jetzt die Daten bekommen; denn auch im Bund fehlen Daten. Es gibt keine Daten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor wenigen Wochen versucht, beim Bundesministerium für Gesundheit den Vorschlag einzuspeisen, dass deutschlandweit Kassendaten ausgewertet werden. Dann – das ist vielleicht auch für die Presse interessant – hätte man nämlich eine Grundlage, auf der man diskutieren kann.

Die aktuelle Debatte ist wie folgt: In der Tat hat es eine Gesamtvereinbarung zur Honorarentwicklung gegeben, die vorliegt und die im Übrigen gerade bei den Beleghebammen eine Steigerung der Honorare um 30 % vorsieht. Sie dürfen davon ausgehen, dass auch die gesetzlichen Krankenkassen an dieser Stelle begriffen haben,

dass dies wichtig ist. Ich weiß nicht, welche Berufsgruppe sonst eine Honorarsteigerung um 30 % erhalten hat.

In dieser Gesamtvereinbarung gab es aber Dinge, die der Deutsche Hebammenverband so nicht wollte. Deswegen ist die Schiedsstelle angerufen worden. Die Schiedsstelle wird auf Wunsch des Hebammenverbandes vom ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier geleitet. Herr Aiwanger, ich sage Ihnen an dieser Stelle noch einmal: Eine politische Einflussnahme ist nicht nur nicht möglich; sie ist rechtlich nicht zulässig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann macht einen Haftungsfonds!)

– Das ist grober Unfug.

Dann ist – ich gehe davon aus, dass das der Grund für den gerade aufkeimenden Aktionismus der FREIEN WÄHLER ist –

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir schon immer gemacht!)

am 28. März ein Artikel, ich glaube, in der "Mittelbayerischen" Zeitung erschienen, in dem die im Belegsystem tätigen Hebammen Befürchtungen äußern, da vom Spitzenverband der Krankenkassen jetzt vorgesehen ist, tatsächlich eine Eins-zu-eins-Betreuung festzuschreiben. Ich muss mich schon sehr wundern, dass der Hebammenverband dagegen opponiert; denn noch am 20.06.2016 gab es eine Pressemitteilung des gleichen Verbandes, in der dieser sagt: "Wir begrüßen, dass Eltern mit ihren Anliegen für die Geburtshilfe in Deutschland gehört werden."

Diese Äußerung fand anlässlich der Übergabe einer Petition mit 51.168 Unterschriften der Elterninitiative Mother Hood e. V. statt, in der das Grundrecht auf freie Wahl des Geburtsortes sowie eine Geburtsbegleitung durch eine Bezugshebamme eingefordert wird. Dies hat der Hebammenverband damals begrüßt. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum er genau die gleichen Forderungen jetzt, ein Jahr später, ablehnt. Wenn Sie in Facebook-Foren lesen, in denen Hebammen diskutieren, sehen Sie einen brei-

ten Strauß an total kontroversen Meinungen. Ich behaupte, Sie haben sich die Meinung einer Seite zu eigen gemacht und versuchen jetzt, dies politisch auszuschlachten.

Im Fokus der Bemühungen der Gesundheitspolitik muss das Beste für den Patienten stehen, in dem Fall für Mutter und Kind. Selbstverständlich heißt "das Beste für den Patienten" immer auch, dass die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem gut sind und dass die Entlohnung gut ist. Dies gilt aber nicht nur für die Hebammen, sondern das gilt auch für alle anderen Berufsgruppen im Gesundheitssystem. Das gilt für die Pflegeberufe, das gilt für die Ärzte, das gilt für die Physiotherapeuten, das gilt für die medizinisch-technischen Assistenten, für die Schwestern und Pfleger im OP und für alle anderen, die ich jetzt aus Zeitgründen nicht nennen kann. Das ist nicht nur für die Hebammen so. Ich würde mir wünschen, dass Sie mit derselben Verve mit uns zusammen versuchen, die Bedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem insgesamt zu verbessern. Da gäbe es noch viel zu tun. Ein Schulterchluss in der Politik wäre daher tatsächlich sinnvoll und wichtig, weil es bei allen Berufen darum geht, Nachwuchs zu gewinnen. Nachwuchs gewinne ich nicht, indem ich Berufsgruppen öffentlich unaufhörlich schlechtrede und sage, wie schrecklich all das ist, was sie machen müssen, sondern indem ich herausarbeite, wie gut sie arbeiten und wie sehr sie sich bemühen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie schlecht sie bezahlt sind!)

– Herr Aiwanger, es wird doch nicht dadurch richtiger,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es stimmt doch, dass sie schlecht bezahlt sind! Die hören doch nicht zum Spaß auf!)

dass Sie es unaufhörlich wiederholen.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Haben die Hebammen wegen Reichtum geschlossen, oder wie?)

– Es wird nicht dadurch richtiger, dass Sie es hier immer wieder reinplärren und wiederholen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wundert mich schon!)

Ich kann mir schon vorstellen, dass alle Berufe im Gesundheitswesen besser bezahlt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Pflegekräfte.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Werben Sie auch dafür?)

Ich weiß aber nicht, Herr Kollege Aiwanger, ob es Ihnen entgangen ist, dass sich die gesetzliche Krankenversicherung in diesem Land über Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert und dass es auch eine Obergrenze für Beiträge gibt. Deswegen kann man nicht unaufhörlich irgendwelche völlig illusionären Forderungen in die Luft blasen.

Ich sage jetzt noch einmal: Der Vorschlag ist, dass die Beleghebammen 30 % mehr bekommen, dass es die Sicherstellungszuschläge gibt und dass es einen Regressverzicht gibt. Im Vergleich zu 2014 ist doch schon ganz, ganz viel passiert. Der verantwortungsvolle Umgang mit Versichertengeldern und ein verantwortungsvolles Agieren der Politik insgesamt gebieten es, nicht alles schlechtzureden, sondern sich auch einmal hinzusetzen und zunächst die Fakten zu erheben oder sich sagen zu lassen, statt unaufhörlich falsche Behauptungen in den Raum zu stellen.

Noch einmal: Die SPD steht zur guten Arbeit der Hebammen. Im Übrigen schafft das Kreiskrankenhaus Fürstentfeldbruck mit ungefähr 600 Geburten pro Jahr eine Eins-zu-eins-Betreuung mit Beleghebammen ganz geräuschlos und – das sage ich auch hier – mit einer unter dem Landesdurchschnitt liegenden Kaiserschnitttrate. Ich sage nicht, dass dies überall so problemlos geht. Das kann man aber schaffen. Um dies zu schaffen, müssen die Weichen durch die Selbstverwaltung und in Berlin richtig gestellt werden. Mit einer Aktuellen Stunde der FREIEN WÄHLER gelingt dies sicherlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die meisten von uns im Plenarsaal sind Väter oder Mütter. Die meisten werden sich daran erinnern, wie sie sich auf die Geburt ihrer Kinder vorbereitet haben, wie sie eine Hebamme gesucht und den passenden Ort für die Geburt ausgesucht haben. Irgendwann ging es dann los. Zumindest die Mütter unter uns vertrauten sich der Fürsorge einer Hebamme an.

Aber so einfach ist das heute nicht mehr überall. Die Landkarte der Unterversorgung auf der Webseite der Hebammen zeigt, dass es nicht mehr so einfach ist, eine Hebamme zu finden. Gerade bei der Geburtshilfe und der Wochenbettbetreuung sind Hebammen in manchen Regionen knapp geworden – und das bei gleichzeitig steigenden Geburtenzahlen.

Insofern ist es richtig, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, das Thema heute wieder auf die Tagesordnung gebracht haben, nachdem wir GRÜNEN vor wenigen Wochen einen Antrag auf ein Förderprogramm für Hebammen eingebracht hatten. Ich wünsche mir, dass wir heute im Plenum die Chance nutzen, das Thema unaufgeregt zu diskutieren und uns über Fakten und Lösungswege auszutauschen. Das, was wir bisher gemacht haben, spricht dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Fakt ist, dass uns nicht nur die Beleghebammen, auf die Sie mit der Beantragung der Aktuellen Stunde abzielen, sondern auch angestellte Hebammen fehlen. Das ist insbesondere in den Regionen der Fall, in denen Kreißsäle geschlossen wurden, in denen Hebammen aufgrund der hohen Versicherungsprämien – ab Juli sind es bereits

7.600 Euro – ganz oder teilweise aufgehört haben und in denen sich der Geburtenrückgang erfreulicherweise zu einem kräftigen Geburtenplus gewandelt hat.

Viele kleine Münchnerinnen und Münchner drängen sich, das Licht der Welt zu erblicken. Manchmal tun dies viele gleichzeitig. Auch in anderen Regionen Bayerns werden viele Kinder mitunter gleichzeitig geboren. Die Aussagen, dass die Zahl der Hebammen, die Zahl der Geburtshilfestationen und die Zahl der Kreißsäle in Bayern im Durchschnitt ausreichend sind, helfen Ben und Mia, Emma und Paul im konkreten Fall überhaupt nicht dabei, gut betreut und stressfrei auf die Welt zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, sagen, es sei wichtig, die Forderungen der Beleghebammen zu unterstützen. Sie, liebe Kollegen von der CSU, sagen, dass Sie dafür nicht zuständig seien. Was die konkreten Forderungen der Beleghebammen angeht, haben Sie recht. Die Schiedsstelle auf Bundesebene, bei der diese Forderungen verhandelt werden, ist tatsächlich nicht Ihr Gebiet; das hat meine Vorrednerin schon sehr deutlich gesagt. Aber Sie als die Regierung tragende Fraktion sind in der Verantwortung, eine funktionierende Infrastruktur für die Geburtshilfe zu schaffen. Dazu vermisse ich konkrete Vorschläge von CSU, SPD und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den GRÜNEN – Kathrin Sonnenholzner (SPD): Aber wir sind nicht an der Regierung beteiligt!)

Die GRÜNEN haben als einzige Fraktion konkrete Vorschläge gemacht, die rechtlich möglich sind. Wir haben diese in der vorletzten Ausschusssitzung diskutiert. Außer von den FREIEN WÄHLERN wurden sie aber nicht angenommen. Die Vorschläge hätten dazu geführt, dass sich die Arbeits- und Rahmenbedingungen für Hebammen verbessern. Diese konkreten Vorschläge wurden leider von der Mehrheit abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Land, in dem in regelmäßigen Abständen neue Mittelpunkte feierlich eingeweiht werden, wünsche ich mir, dass endlich Geburtshilfe in den Mittelpunkt gestellt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Land, in dem kreative Modelle entwickelt werden, um teure Prestigeobjekte zu finanzieren, wünsche ich mir kreative Ideen, um Plätze für eine entspannte Geburt zu schaffen und zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen erlebe ich gerade Sie, liebe Kollegen von der CSU, beim entspannten Abwarten. Meine Kollegin hat schon gesagt, dass wir vor fast eineinviertel Jahren im Ausschuss gemeinsam unseren GRÜNEN-Antrag beschlossen haben, in dem wir die Staatsregierung aufgefordert haben, sich weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen für eine flächendeckende Versorgung mit geburtshilflichen Leistungen einzusetzen, Versorgungsengpässe in der Geburtshilfe in Bayern nachhaltig zu vermeiden und schließlich zu berichten.

Aber was ist seitdem passiert? – Die Berichte über Frauen, die kurzfristig einen Platz zum Gebären suchen müssen, häufen sich in der Presse. Die Landkarte der Unterversorgung füllt sich. Die Hebammen, die aufgrund der Haftpflichtthematik ausgestiegen sind, kommen nicht wieder in die Geburtshilfe zurück.

Die Staatsregierung hat jetzt erst eine Studie angefordert, die Auskunft über die aktuelle Situation der Geburtshilfe geben soll. Der Termin, zu dem die Ergebnisse dieser Studie vorliegen sollen, ist März 2018, ein halbes Jahr vor den nächsten Wahlen. Bis dahin werden Sie herausgefunden haben, dass dort, wo Kreißsäle geschlossen wurden, und dass dort, wo die Bevölkerung wächst, auch Hebammen fehlen. Aber das wissen wir doch schon jetzt!

Wenn wir erst Ende März nächsten Jahres die Zahlen zur Verfügung haben werden, passiert bis zu den Wahlen erst einmal gar nichts. Sie können ankündigen, was Sie tun werden. Sie können schöne Sätze ins Wahlprogramm schreiben. Aber bis dahin werden noch mehr Hebammen in den Kreißsälen sowie an den Wochenbetten fehlen und noch mehr Kreißsäle geschlossen worden sein.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

Kerstin Celina (GRÜNE): Ja. – Bis dahin werden nicht noch mehr Geburtshäuser und Hebammenpraxen entstanden sein.

Deswegen sage ich: Der Rettungswagen für die Geburtshilfe fährt nicht los, und so können wir nicht helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was können wir mit dieser Aktuellen Stunde "Beleghebammen unterstützen – Geburtshilfe in Bayern flächendeckend sichern" heute anfangen?

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Nichts!)

Zunächst können wir unsere Wertschätzung und unseren Dank für die Hebammen zum Ausdruck bringen. Das haben die Rednerinnen vor mir bereits getan. In der Tat ist auch für die CSU-Fraktion – Frau Dr. Eiling-Hütig hat darauf hingewiesen – die flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe und geburtshilflichen Leistungen durch Hebammen enorm wichtig. Sie war es ja, die dieses Thema im ersten Dringlichkeitsantrag dieser Wahlperiode formuliert hat. Das geschah gleich zu Beginn dieser Wahlperiode, Anfang Dezember 2013.

Warum sind Hebammen so wichtig? – Sie sind so wichtig, weil sie eine Betreuung der Frauen und Familien während der Vorsorge, während der Geburt und der Nachsorge gewährleisten. Sie tun dies in einer für junge Familien extrem sensiblen und vulnerablen Phase. Diese brauchen eine gleichbleibende und verlässliche Ansprechperson. Deswegen sind Hebammen unerlässlich für einen guten Start der Kinder in ein optimales Leben. Gleichzeitig sind Hebammen wertvolle Frühwarnsysteme und können am Anfang einer Präventionskette ganz im Interesse der Neugeborenen stehen. All das leisten die Hebammen in unserem Land in vorbildlicher Weise. Hierfür sind wir ihnen sehr dankbar. Wir bringen diese Wertschätzung von Herzen gern zum Ausdruck.

(Beifall bei der CSU)

Was können wir mit dieser Aktuellen Stunde noch anstellen, außer diese Wertschätzung und diesen Dank zum Ausdruck zu bringen? – Wir können eine Bitte formulieren. Wir können, wenn Sie so wollen, lieber Herr Dr. Vetter, einen Appell formulieren an die Schiedsstelle nach § 134a Absatz 4 SGB V. Etwas anderes können wir heute nicht tun.

Ich schließe mich gern den Ausführungen der Kollegin Sonnenholzner an. Ich muss einen kurzen Ausflug in die Juristerei machen und die Rechtssituation betrachten, damit man das versteht. Auf Bundesebene gibt es die Selbstverwaltung. Wir mischen uns gerade sozusagen in Tarifverhandlungen ein, weil die Versorgung mit Hebammenhilfe durch die gesetzliche Krankenversicherung nach dem Bundesrecht durch Verträge gemäß § 134a SGB V geregelt wird.

Wenn es da nicht zu einer Einigung kommt – so weit war es jetzt –, wird eine Schiedsstelle nach § 134a Absatz 4 SGB V angerufen. Da müssen die gesetzliche Krankenversicherung und die Hebammenverbände miteinander ringen und eine gute Lösung finden. Die Politik, der Landtag und die Ministerien sind dabei komplett draußen. Deswegen können wir uns nach dieser Aktuellen Stunde hinstellen und sagen: Liebe Schiedsstelle, denk daran, wie wichtig es ist,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wäre schon mal was! – Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Wir stehen dahinter!)

und mache das.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Tun Sie das!)

– Super. Das machen wir gerne, und das habe ich hiermit auch getan.

Wir können sagen: Einigt euch, auch im Interesse der Leute. Denn wenn ihr euch nicht einigt, wird die Schiedsstelle etwas festsetzen, was nicht anfechtbar ist und was dann sofort gilt. – Es wäre besser gewesen, sich davor selbst zu einigen. Das war nicht möglich. Also muss die Schiedsstelle das hinterher erledigen.

Das erinnert mich an den schönen Film von Monty Python "Das Leben des Brian", in dem es heißt: "Das erfordert eine sofortige Diskussion." – Diese führen wir jetzt. Das heißt: Wir erleben heute nichts anderes als eine Schaufensterveranstaltung, als eine Politshow, als eine Augenwischerei. Ich gehe sogar so weit wie die Kollegin Sonnenholzner, die sagt: Das schürt sogar Ängste bei jungen Familien, dass bei uns im Land irgendetwas bei der Hebammenversorgung im Argen liegen könnte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist schon so! Das braucht man nicht schönzureden!)

– So ist es eben nicht. Das wird schon klar, wenn man sich die Zahlen anschaut.

Mit politischer Gestaltung, meine Damen und Herren, hat das, was wir in dieser aktuellen Stunde machen, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schönreden ist das!)

Politische Gestaltung wäre Folgendes – das haben wir in den letzten Jahren erledigt –: die Einführung der Sicherstellungszuschläge für die Hebammen, die Durchsetzung des Regressverzichts zumindest für die normale Fahrlässigkeit sowie das besondere

Achten auf die Höhe der Haftpflichtprämien ab 2018. Vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die jetzt dann veröffentlicht werden wird. All diese Maßnahmen gehören zur politischen Gestaltung. Es ist keine Lösung, alle Hebammen ins Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Dieser nun auszuhandelnde Vertrag würde dann zwar nicht gelten. Das wollen aber weder die Hebammen noch die Krankenhäuser. Das ist keine Lösung. Deswegen wollen wir auf unserem Weg weitergehen.

Meine Damen und Herren, es wurden bereits die Vorschläge dargestellt, die auf dem Tisch liegen. Zum Teil gibt es Erhöhungen in der Vergütung um 20 bis 30 %. Aber den Hebammen geht es nicht um die Höhe der Vergütung, sondern um die organisatorischen Regelungen, wie viele Schwangere von den Hebammen zur gleichen Zeit betreut werden können: eine – dafür gibt es höhere Prämien – oder zwei. Die Hebammen echauffieren sich darüber, dass sie dann keine dritte oder vierte Schwangere betreuen können. Das muss vor Ort geregelt werden. Darüber muss sich die Schiedsstelle einigen. Aber an der Höhe der Vergütung scheiden sich die Geister nicht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Bernhard Seidenath (CSU): – Ich beachte die Uhr und sage:

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Na ja, das nützt nichts!

Bernhard Seidenath (CSU): Meine Damen und Herren, Sie haben den Landtag heute zur Theaterbühne degradiert. Diese verlasse ich jetzt wieder und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, das war ein Theaterspiel! Das stimmt!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun hat Frau Staatsministerin Huml um das Wort gebeten.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hebammen sind wichtig. Diese Aussage unterschreiben wir alle parteiübergreifend im Landtag. Sie sind nicht nur für das Gesundheitssystem, sondern für die gesamte Gesellschaft wichtig. Die Hebammen sind für werdende Eltern kompetente Ansprechpartner, während der Geburt, aber auch davor und danach. Sie sind wichtige Ansprechpartner während des Wochenbetts, der Stillzeit oder der Schwangerschaft. Sie beraten und betreuen mit Gefühl, ganzheitlich und sehr persönlich. Deswegen sind sie unverzichtbar für werdende Eltern und für das Kind. Die Hebammen leisten hier wirklich sehr, sehr viel. Das sage ich nicht nur als Gesundheitsministerin, sondern auch als zweifache Mutter. Diese Feststellung ist mir persönlich ein Anliegen. Die von den Hebammen geleistete, hochqualifizierte Arbeit wollen wir auch in Zukunft in Bayern haben. Das steht außer Frage.

Liebe Kollegin Celina, Bayern hat sich in den letzten Jahren immer wieder für die Hebammen eingesetzt. Es ist mitnichten so, dass in diesem Bereich nichts geschehen wäre. Im Gegenteil, wir haben in diesem Bereich schon sehr viel eingebracht. Nach den Zahlen zu den Hebammen gibt es in diesem Bereich keinen Mangel. Vielmehr nimmt die Anzahl der Hebammen in Bayern seit Jahren zu. Wir wissen aber nicht automatisch, ob alle Hebammen auch in der Geburtshilfe tätig sind. Manche Hebammen entscheiden sich nur für die Vorsorge oder nur für die Nachsorge oder nur für die Vor- und Nachsorge. Die Hebammen haben vielfältige Möglichkeiten, ihre Tätigkeit zu gestalten.

Grundsätzlich liegen Art und Umfang der Tätigkeit, entweder als Selbstständige oder im Angestelltenverhältnis, klinisch oder außerklinisch, im Ermessen der einzelnen Hebamme. Manche Hebammen sind als Teilzeitbeschäftigte im Angestelltenverhältnis und gleichzeitig als Selbstständige bei Hausgeburten tätig. Die Hebammen leben ganz verschiedene Modelle. Das wollen sie auch weiterhin tun. Viele selbstständige Hebammen sind auch außerklinisch in der Geburtshilfe tätig, aber wir wissen nicht, wie viele es tatsächlich sind. Deswegen ist die Hebammenstudie auf den Weg gebracht

worden. Wir kennen momentan nur die Anzahl der Hebammen. Wir hören, dass da und dort noch Beleghebammen gesucht werden. Manchmal ist das Fehlen von Beleghebammen ein Grund für das Schließen einer Geburtsstation. Aber wir bekommen diese Informationen im Moment nicht wirklich zusammen. Deswegen ist es wichtig, die Daten und Fakten genauer zu kennen.

Ich danke allen, die uns bei der Studie unterstützen, wie die Hebammenverbände, die Eltern und auch die Kliniken. All diese Beteiligten wollen wir einbinden, um genaue Zahlen und Fakten für die umfassende Studie zu erhalten. Die Studie ist sehr umfangreich angelegt. Daher braucht sie ein bisschen Zeit. Im Frühjahr 2018 sollen die Ergebnisse vorliegen. Danach kann entschieden werden, was aus diesem Datenmaterial abgeleitet werden kann und was zu tun ist. Vielen Dank an alle, die daran mitwirken und uns dabei helfen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe vorhin angesprochen, dass wir schon viel getan haben. Nicht nur wir haben viel getan, sondern auch die Bundesebene. Das möchte ich einmal so sagen. Bereits im Koalitionsvertrag haben die Unionsfraktionen zusammen mit der SPD die Bedeutung der Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe herausgestellt. Darin ist vereinbart worden, die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen zu beobachten und für eine angemessene Vergütung zu sorgen. Das ist festgeschrieben worden. Das Problem der steigenden Haftpflichtprämien hat uns alle auch in diesem Hause schon intensiv beschäftigt. Dafür sind bereits viele Lösungen erarbeitet worden, und diese befinden sich in der Umsetzung. Hier erinnere ich an die Weichen, die bereits auf Bundesebene gestellt worden sind:

Am 1. Januar 2012 ist das GKV-Versorgungsstrukturgesetz in Kraft getreten. Demnach muss ein Anstieg der Haftpflichtprämien bei den Vergütungsverhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband und den Hebammenverbänden berücksichtigt werden. Hier ist der Ausgleich für die gestiegenen Haftpflichtprämien mit drin. Wir haben bereits gehört, dass die Honorare der freiberuflichen Hebammen im Januar 2013 um 13 % und

im September 2015 um 5 % erhöht worden sind. Die Steigerung der Haftpflichtprämien wird vollständig ausgeglichen. Zu behaupten, dass für die Hebammen nichts getan wurde, ist schlichtweg nicht richtig.

(Beifall bei der CSU)

Es ist selbstverständlich, dass wir immer noch mehr tun können und auch genauer hinschauen müssen, wo es noch Bedarf gibt. Deswegen haben wir ja auch die Studie in Auftrag gegeben. Wir wollen wissen, was der Freistaat noch tun kann. Darauf hat die Kollegin Eiling-Hütig bereits hingewiesen. Wir wollen genauer wissen, was wir noch tun können.

Aber was ist auf Bundesebene noch geschehen? – Am 1. Juli 2014 erhielten die freiberuflich in der Geburtshilfe tätigen Hebammen in der GKV einen Zuschlag, um die gestiegenen Prämien für die Haftpflichtversicherung abzufedern. Am 1. Juli 2015 wurde diese Übergangsregelung in einen dauerhaften Sicherstellungszuschlag übergeführt. Außerdem können Krankenkassen und Pflegekassen gegenüber den Hebammen einen Ersatzanspruch nur noch dann geltend machen, wenn Behandlungsfehler vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind. Was ist der Hintergrund? – Wir hoffen, dass eine Reduzierung der zu versichernden Schadenssumme zu einer langfristigen Stabilisierung der Versicherungsprämie führt. Diese Maßnahmen sind eingeführt worden, um das Problem der gestiegenen Haftpflichtprämien zu lösen.

In diesem Bereich ist schon viel gelungen. Es ist aber auch richtig, dass die Hebammenverbände seit Sommer 2016 mit dem GKV-Spitzenverband über die Vergütung verhandeln. Die Verhandlungen blieben bisher leider ohne Erfolg. Das ist natürlich zu bedauern. Am liebsten würden wir beide Verhandlungsseiten wachrütteln, damit sie eine Lösung finden. Aber diese beiden Seiten verhandeln miteinander, und nicht wir als Landespolitiker, egal welcher Fraktion, sitzen mit am Verhandlungstisch. Auch sitzen keine Bundestagsfraktionen mit am Verhandlungstisch. Derzeit ist eine Schieds-

stelle mit der Festsetzung der Vertragsinhalte befasst. Im Mai sollte es ein Ergebnis geben.

Ich verstehe es und finde es richtig, dass wir aus Bayern heraus ein Signal senden, wie wichtig die Beleghebammen sind. In Bayern gibt es gegenüber anderen Bundesländern überdurchschnittlich viele Beleghebammen. Die Schiedsstelle sollte sensibilisiert werden, die Beleghebammen zu berücksichtigen. Das ist entscheidend und notwendig. Der Bayerische Landtag kann dieses Signal heute mit gutem Gewissen geben. Daher ist es auch in Ordnung, in dieser Art und Weise darüber zu sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber wie schon gesagt: Wir sitzen nicht am Verhandlungstisch. Das hat auch die Kollegin Kathrin Sonnenholzner schon gesagt. Wir können lediglich ein Signal geben. Aber wir können keine Entscheidungen treffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir auch nicht gesagt!)

Der Gesetzgeber hat übrigens den Vertragspartnern keinen Blankoscheck ausgestellt. Einerseits sind die Anforderungen an die Qualität der Hebammenhilfe wichtig, andererseits bestehen berechnete wirtschaftliche Interessen der freiberuflich tätigen Hebammen. Der Bundesgesetzgeber lässt die Vertragsparteien jedoch nicht im völlig freien Raum verhandeln. Sie müssen gewisse Leitplanken beachten. Außerdem bin ich der Auffassung, dass der vorhandene Bedarf an Beleghebammen zur Sicherstellung der Geburtshilfe in Bayern auch Berücksichtigung finden muss. Ich werde im Namen des Gesundheitsministeriums beide Parteien anschreiben. Das haben wir letzte Woche im Rahmen des Gespräches mit dem Bayerischen Hebammen Landesverband vereinbart, um auf die Probleme der Beleghebammen hinzuweisen. Das sollte ins Bewusstsein beider Verhandlungspartner gerufen werden. Das werden wir von unserer Seite aus tun.

Es geht jedoch nicht nur um die Beleghebammen. Ein Grund für die vermehrten Schließungen von Geburtsstationen in Bayern mag das Fehlen der Hebammen sein. Möglicherweise sind auch nicht genug Belegärzte vorhanden. Realität ist jedoch auch, dass sich viele Familien genau überlegen, in welchem Krankenhaus sie ihr Kind zur Welt bringen. Die Familien stimmen auch mit den Füßen ab. Diese Realität muss man an dieser Stelle deutlich ansprechen. Die Gründe für die Schließungen sind nicht nur in der mangelnden Wirtschaftlichkeit oder im Personalmangel zu finden. Viele Familien legen vermehrt Wert auf gewisse Qualifikationen und Versorgungsstrukturen eines Krankenhauses. Bayern ist jedoch ein Flächenland. Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung der Geburtshilfe. Dafür werde ich mich weiter einsetzen. Die Hebammen leisten Großartiges, vor, nach und während der Geburt. In diesem Sinne wünsche ich ihnen alles Gute.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich noch gemäß § 26 unserer Geschäftsordnung bekannt, dass Frau Claudia Stamm als Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen abberufen wurde.